

Belgien

CHRISTIAN FRANCK

Die Sanktionen gegen Österreich und die Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen waren wichtige Punkte der belgischen Europapolitik im Jahr 2000. Belgien übernahm die Führung im Kampf gegen die Ende Januar in Wien gebildete ÖVP/FPÖ-Koalition. Der belgische Außenminister und stellvertretende Premierminister Louis Michel wurde von der italienischen Tageszeitung „Il Corriere della Sera“ als „der echte Champion im Kampf gegen Haider“¹ bezeichnet. Im Dezember 2000 schloss der Europäische Rat in Nizza die Regierungskonferenz über die Reform der Institutionen. Die belgische Delegation hatte sich dabei lange dem Vorschlag der französischen Präsidentschaft zu einer Neugewichtung der Stimmen im Rat widersetzt. Hierdurch wurde das traditionelle Gleichgewicht der belgischen und niederländischen Stimmen unter Beibehaltung der französisch-deutschen Parität durchbrochen. Von den Sanktionen gegen Österreich und der Regierungskonferenz abgesehen konnte der belgische Premierminister Guy Verhofstadt auf dem Europäischen Rat in Lissabon seine Vorstellung von einem „aktiven Sozialstaat“ vortragen. Beim Europäischen Rat von Feira befasste sich Guy Verhofstadt vor allem mit der Nahrungsmittelsicherheit.

Lissabon und der „aktive Sozialstaat“

Für den belgischen Premierminister ging es beim Europäischen Rat in Lissabon am 23./24. März darum, „welchen Weg die Europäische Union im 21. Jahrhundert einschlagen wird, um der New Economy gerecht zu werden. ... (Letztere) stützt sich auf hohes Wachstum und niedrige Inflation, schafft Arbeitsplätze durch die technologische und datentechnische Erneuerung.“² Guy Verhofstadt sieht einen Zusammenhang zwischen der Beschäftigung und der Informationsgesellschaft: „Heute kann man nicht mehr von Beschäftigung sprechen, ohne Computer oder die New Economy zu erwähnen.“³ Der Gipfel von Lissabon bestand auf einer Modernisierung des europäischen Sozialsystems und der Entwicklung des „aktiven Sozialstaats“. Es handelt sich hierbei um einen Begriff, den die belgische Regierung, eine liberal-sozialistisch-grüne Koalition, als Beispiel auf nationaler Ebene vorbrachte. Der Premierminister fasst diese Vorstellung wie folgt zusammen: „Mehr Menschen, die Arbeit haben, bedeuten mehr Einkommen, mehr Sozialversicherungsbeiträge, mehr Steuereinnahmen. Das stärkt die Basis der sozialen Sicherheit. Das ist der aktive Sozialstaat ... man darf den Menschen nicht passiv helfen, sondern soll sie dabei unterstützen, aus der Sozialhilfe, dem Arbeitslosengeld und dem Mindestlohn

herauszukommen und ihnen die Chance geben, ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden.“⁴ In dieser Hinsicht macht die belgische Regierung geltend, dass sie bereits die Beiträge verringert hat, die zur Erhöhung der Kosten der Arbeit führten und dass sie sich bemüht, die „Arbeitsfallen“ (Mangel an Motivation, anstelle des Arbeitslosengelds eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen) durch eine Erhöhung des Netto-Mindestlohns zu vermeiden.

Während der Vorbereitung auf den Gipfel von Lissabon empfing Guy Verhofstadt am 23. Februar den britischen Premierminister Tony Blair in Gent. Die beiden Regierungschefs verständigten sich auf eine gemeinsame Haltung im Hinblick auf die Modernisierung des europäischen Sozialmodells: „Unser Ziel ist es, unsere Gesellschaften in aktive Sozialstaaten umzubauen.“⁵ Sie bestanden auch auf einer Methode zur Messung des Wettbewerbs, dem „Benchmarking“. Zwei Monate zuvor vereinbarte die stellvertretende Premierministerin und Arbeitsministerin Laurette Onkelinx mit ihren französischen und italienischen Kollegen, Martine Aubry und Cesare Calvi einen gemeinsamen Entwurf für den Gipfel von Lissabon, der ein Minimum an Sozialleistungen auf europäischer Ebene vorsah.⁶ Die beiden Vorhaben, Verhofstadt-Blair und Onkelinx-Aubry-Calvi ergänzten sich, brachten aber gleichzeitig gewisse Spannungen zwischen dem flämischen Premierminister, Anhänger des „Third Way“ von Tony Blair und der stellvertretenden Premierministerin, die den Ansichten von Lionel Jospin und Martine Aubry näher steht, zutage. Laurette Onkelinx bedauerte, ebenso wie ihr Kabinettskollege für Soziales, der flämische Sozialist Frank Vandenbroucke, dass nur der Premierminister sowie die Finanz- und Außenminister – alle liberaler Gesinnung – Belgien beim Europäischen Rat in Lissabon vertreten sollten.⁷

Der Europäische Rat in Feira

Da sich der Europäische Rat von Lissabon praktisch ausschließlich mit der wirtschaftlichen Reform und sozialen Fragen beschäftigte, handelte es sich in Feira am 19. Juni im Wesentlichen um einen Übergangsgipfel, um Fragen der Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen zu klären. Obwohl die Frage Österreich nicht auf der Tagesordnung stand, versuchte der österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel zu erreichen, dass das Thema der Aufhebung der bilateralen Sanktionen gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung diskutiert wird.

Doch der portugiesische Ministerpräsident António Guterres nahm das Thema von der Tagesordnung. Guy Verhofstadt hatte ebenfalls erklärt, dass „Österreich nicht auf der Tagesordnung des Gipfels steht, die an sich schon zu voll ist.“⁸ Belgien wie auch Frankreich legten eine harte Haltung gegenüber Wien an den Tag. Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner klagte in Feira über „die starre Haltung der belgischen Regierung“ seit dem Beginn der Krise.⁹

Einige Tage nach dem Gipfel von Feira öffnete die portugiesische Präsidentschaft Österreich die Türe zur Beilegung der Streitigkeiten. Eine Kommission aus drei durch den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestimmte Weisen sollte die Haltung der österreichischen Regierung zu den

Themen Menschenrechte und Minderheitenschutz untersuchen. Diese Kommission sollte auch die politische Entwicklung der FPÖ verfolgen. Die Vierzehn versprachen, in ihrer Haltung gegenüber Österreich dem Spruch der Weisen zu folgen. Belgien unterstützte den Vorschlag Portugals zur Aufhebung der Sanktionen gegen Österreich trotz der skeptischen Äußerungen Louis Michels und der Ansicht Brüssels, sie sollten in Kraft bleiben.¹⁰

Seit Beginn der Regierungskonferenz gab es in Feira für Belgien einen zweifachen Grund zum Feiern. Seit 1999 verlangte die belgische Delegation, die Überprüfung des Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit auf die Agenda der Regierungskonferenz zu setzen. Dies geschah in Feira mit Unterstützung Deutschlands und Frankreichs. Ebenfalls auf die Tagesordnung kam die Neuregelung von Art. 7 EUV in Bezug auf den Fall der Bedrohung oder Verletzung von Grundwerten durch ein Mitglied der Europäischen Union. Belgien hatte einen diesbezüglichen Vorschlag im Mai mit dem Ziel eingebracht, dem Unionsvertrag ein Instrument zu geben, mit dem analoge Situationen zu der österreichischen ÖVP/FPÖ-Koalition bereinigt werden können, was mit dem bisherigen Art. 7 nur bei schweren Verletzungen der Werte der Union möglich gewesen wäre. Paradoxerweise brachte die österreichische Regierung einen analogen Vorschlag ein.

In Feira forderte der belgische Premierminister, die Lebensmittelsicherheit auf die Tagesordnung des Gipfels zu setzen. Er plädierte für eine Harmonisierung der europäischen Normen, deren sorgfältige Einhaltung auf nationaler Ebene die Mitgliedstaaten überwachen sollten. Guy Verhofstadt machte auf die strengen Kontrollen aufmerksam, die Belgien nach der Lebensmittelkrise mit verseuchten Hähnchen 1999 aufnahm und die sich seiner Meinung nach auch im Falle von BSE als wirksam erweisen könnten. Er forderte jedoch nicht die rasche Einsetzung einer europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, über deren Form und Sitz noch diskutiert wird.¹¹

Der Europäische Rat in Feira billigte ebenfalls einen detaillierten Plan zur Schaffung einer Truppe von 60.000 Mann. Prinzipiell war der Plan in Helsinki 1999 festgehalten worden. Belgien will sich mit etwa 3.500 Mann sowie zwölf F-16 Flugzeugen und neun Kriegsschiffen, darunter sechs Minenräumboote, beteiligen. Die belgische Luftwaffe wird zusätzlich elf Transportflugzeuge vom Typ Herkules C-130 und zwei weitere zur Verfügung stellen.¹²

Die Sanktionen gegen Österreich

Der belgische Premierminister und der Außenminister waren es, die die portugiesische Präsidentschaft zur rigorosen Reaktion auf die Bildung der ÖVP/FPÖ-Koalition in Wien drängten. Entgegen der Ansicht des Kommissionspräsidenten Romano Prodi, der Wachsamkeit gegenüber der Regierung Schüssel empfahl, wollten Belgien, Frankreich, Spanien und Portugal bilaterale politische Sanktionen durchsetzen. Ziel Belgiens war es, die ÖVP durch Sanktionen zu zwingen, die Allianz mit der FPÖ¹³ zu brechen und sich ausdrücklich dagegen auszusprechen, dass eine extrem rechte Partei an der Regierung eines Mitgliedstaats der EU beteiligt ist.

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen die ÖVP/FPÖ-Koalition forderte Außenminister Louis Michel in einem Gespräch mit dem flämischen Radiosender VRT belgische Touristen auf, nicht nach Österreich in den Skiurlaub zu fahren. Später gestand er selbst ein, dass er mit dieser Aufforderung zu weit gegangen war. Auf die Frage, warum er Jörg Haider öffentlich anprangere und seiner österreichischen Kollegin Ferrero-Waldner bei europäischen Ratstreffen den Handschlag verweigere, gleichzeitig aber afrikanische Diktatoren treffe und Vladimir Putin trotz Tschetschenien schonend behandle, antwortete Louis Michel, diese Politik der zwei Gesichter sei darauf zurückzuführen, dass Europa seine Heimat sei: „Was Österreich macht, das geht mich an, weil ich ein europäischer Patriot bin. Österreich, das ist zu einem Teil auch mein Vaterland, ich teile mein Schicksal mit den Menschen dort. Afrika, das ist nicht meine Heimat. Das demokratische Afrika entsteht erst.“¹⁴

Die lange Nacht von Nizza

Belgien engagierte sich sehr für eine Verlängerung des Europäischen Rats in Nizza bis 11. Dezember, 4.30 Uhr morgens. Seit Januar 2000 wollte die belgische Regierung nach Aussage von Louis Michel eine „ambitionierte“ Regierungskonferenz. Auf dem Europäischen Rat in Helsinki im Dezember 1999 plädierte Belgien für eine Erweiterung der Tagesordnung über die Left-overs von Amsterdam und eine Lockerung des Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit hinaus. Hierdurch sollte eine Vertiefung der Union weiter verfolgt werden, die durch die Schwere der Entscheidungsfindung in einer EU mit nahezu dreißig Mitgliedern bedroht wird. Der belgische „Ehrgeiz“ wollte eine Stärkung der Rolle des Kommissionspräsidenten sowie die individuelle Verantwortung der Kommissare ebenfalls besprechen.¹⁵

Luxemburg und die Niederlande teilten die Vorstellungen Belgiens über eine Erweiterung der Tagesordnung der Regierungskonferenz. Die drei Staaten legten am 7. März 2000 ein „Memorandum der Benelux-Länder zur Regierungskonferenz und den institutionellen Reformen“¹⁶ vor. Das Papier schlägt vor, über die drei Left-overs von Amsterdam hinauszugehen, und definiert auch eine gemeinsame Position hierzu. Zur Größe der Kommission „sind die Benelux-Länder der Meinung, dass auch bei einer erweiterten Union jedes Mitgliedsland mit einem Kommissar vertreten sein muss“.¹⁷ Zur Ausdehnung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung legt das Memorandum dar, dass die Regelung der Einstimmigkeit grundsätzlich erhalten bleiben soll. Man sollte jedoch über „den Sinn der Einstimmigkeit bei Nominierungen“ nachdenken, womit die Anwendung einer Mehrheitsregelung gemeint ist.¹⁸ Zur Gewichtung der Stimmen im Rat zeigen sich die Benelux-Staaten offen „für jede Diskussion über (...) eine Neugewichtung der Stimmen sowie die doppelte Mehrheit (man erwägt eine Kombination der beiden Themen).“¹⁹ Seit der Regierungskonferenz in Amsterdam gab Belgien der doppelten Mehrheit (der Staaten und der Bevölkerung) den Vorzug. So konnten Unstimmigkeiten zwischen Belgien (10 Millionen Einwohner) und den Niederlanden (15 Millionen) über eine Gewichtung der Stimmen (vor dem Gipfel von Nizza) vermieden werden.

Mitte Oktober anlässlich des Gipfels von Biarritz blieb Belgien in der Frage des einen Kommissars pro Mitgliedsland hart. Während die französische Präsidentschaft und die anderen „Großen“ glaubten, die „Kleinen“ von einem Prinzip der gleichberechtigten Rotation überzeugen zu können, meinte Guy Verhofstadt, eine Kommission ohne Frankreich oder Deutschland würde zu einer Schwächung und Marginalisierung der Kommission führen.²⁶

In der entscheidenden Phase der Verhandlungen in Nizza lag die Hauptschwierigkeit Belgiens in der Neugewichtung der Stimmen im Rat. Der belgische Premierminister hatte dem französischen Präsidenten Jacques Chirac bei dessen Besuch vor dem Gipfel im Dezember erklärt, dass Belgien aus historischen Gründen auf eine Gleichstellung mit den Niederlanden Wert lege, genau wie Frankreich auf eine Stimmengleichheit mit Deutschland. Die belgische Position ließ eine Veränderung der Stimmen Belgiens und der Niederlande nur dann zu, wenn gleichzeitig eine Veränderung in der Gewichtung der Stimmen Deutschlands und Frankreichs erfolgen würde. In Nizza schlug die französische Präsidentschaft vor, Belgien 12 und den Niederlanden 13 Stimmen bei Beibehaltung der deutsch-französischen Parität zu geben. Belgien widersetzte sich dieser Neugewichtung und zwang den Europäischen Rat zu einer Verlängerung der Sitzung bis in die Morgenstunden des 11. Dezember. Nach spannungsreichen Momenten, vor allem zwischen Präsident Chirac und Louis Michel, akzeptierte Belgien die vorgeschlagene Gewichtung.²⁷ Die Zahl der Sitze Belgiens im Europäischen Parlament wird von 20 auf 22 erhöht. Ebenfalls erfreut zeigte sich Belgien über den französischen Vorschlag, ab 2004 sämtliche Europäischen Räte einer erweiterten Union in Brüssel abzuhalten sowie über die Tatsache, dass die Stimmen der Benelux-Länder insgesamt die Zahl der Stimmen der „Großen“ erreichen: 29. Gegen vier Uhr morgens hatte Guy Verhofstadt vorgeschlagen, die Schwelle der qualifizierten Mehrheit ein wenig zu senken und aus Sorge um die Kohärenz Litauen dieselbe Stimmenzahl zu geben wie Irland. Er merkte auch an, dass Rumänien (20 Millionen Einwohner) eine Stimme mehr hätte als die Niederlande. Vor der Presse um fünf Uhr sagte der belgische Premierminister: „Ich kämpfte für die Würde der neuen Mitglieder und für die des Benelux.“²²

Die Post-Nizza-Debatte

Während die Regierungskonferenz die Agenda im Jahr 2000 dominierte, eröffnete die Rede von Joschka Fischer am 12. Mai 2000 in Berlin die Post-Nizza-Debatte. Das Interessante der Rede war der Vorschlag der föderalen und parlamentarischen Struktur der Union. Für den belgischen Premierminister Guy Verhofstadt stellen die Institutionen jedoch nur ein Mittel dar. „Das Wichtigste ist die Definition eines Ziels. Was wollen wir erreichen? Dass Europa eine Weltmacht wird. Dafür brauchen wir eine neue Kohärenz.“²³ In einer bemerkenswerten Rede in Brüssel am 21. September mit dem Titel „Eine Vision für Europa“ entwickelte Guy Verhofstadt vier Hauptrichtungen für eine Stärkung und Kohärenz der Union: eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die es der Union ermöglicht, mit einer Stimme zu sprechen, eine autonome europäische Verteidigung, ein integrierter Ansatz in der

Rechts- und Einwanderungspolitik sowie eine wirtschaftspolitische Plattform für eine Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion.²⁴ Die Rede vom 21. September enthielt ebenfalls Vorschläge institutioneller Art, wie beispielsweise die Beteiligung des Hohen Vertreters für die GASP an den Zusammenkünften der Kommission und des Rats, die Integration der Charta der Grundrechte in den Vertrag sowie die direkte Wahl des Präsidenten der Kommission. Im Hinblick auf die von Joscka Fischer erwähnten zwei Parlamentskammern gilt dies als „Arbeitsgrundlage“.²⁵ Louis Michel lud seinen deutschen Amtskollegen ein, seine Sicht der Dinge vor dem belgischen Parlament darzulegen und zeigte sich „wie dieser einer Vertiefung Europas in einer vollkommen föderalen Perspektive äußerst gewogen“. Er meinte auch, das von Fischer vorgeschlagene institutionelle System „verändere die Verteilung der politischen Verantwortung vollständig und Sorge für ein besseres Gleichgewicht und sogar eine Stärkung des Parlaments.“²⁶

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster, M.A., Lisa's Office, München.

- 1 Il Corriere della Sera, 11.05.2001.
- 2 Gespräch mit dem Premierminister Guy Verhofstadt in L'Echo vom 23.03.2000.
- 3 Ebda.
- 4 Ebda.
- 5 Vgl. Le Soir, 23.02.2000.
- 6 Vgl. Le Soir, 22.02.2000.
- 7 Vgl. De Standard, 23.03.2000.
- 8 Berichtet durch die Agence Belge, 19.06.2000.
- 9 Vgl. Agence Belge, 20.06.2000.
- 10 Vgl. Agence Belge, 27.06.2000.
- 11 De Financieel Economisch Tÿd, 20.06.2000.
- 12 Vgl. Le Monde, 22.09.2000.
- 13 Diese Meinung teilte auch der portugiesische Premierminister Guterrès: „Solange in Österreich eine Regierung an der Macht ist, die Positionen vertritt, die gegen die Prinzipien und Werte unserer Zivilisation verstoßen, kann ich nicht sehen, wie unsere bilateralen Beziehungen normal sein können.“ (zitiert in Le Monde, 09.02.2000).
- 14 Interview in Liberation, 15.02.2000. Gleiches Argument in einem Interview mit De Morgen (02.09.2000): „Man warf mir vor, Kabila die Hand zu schütteln, aber sie den Österreichern zu verweigern. Aber Österreich ist nicht Afrika ... Österreich ist Teil meiner europäischen Heimat. Haider und Dewinter (Führer des Vleamus Block) leben auf dem Kontinent, auf dem man vier Jahrhunderte lang für demokratische Werte gekämpft hat ... Kabila hat die Geschichte als Entschuldigung“.
- 15 Vgl. Agence Belge, 10.01.2000.
- 16 Dreument CONFER 4721/00 vom 07.03.2000.
- 17 Ebda.
- 18 Ebda. Im Hinblick auf die Nominierungen mit Mehrheit folgte die Regierungskonferenz schließlich dem Vorschlag der Benelux-Länder.
- 19 Ebda.
- 20 Vgl. De Standaard, 16.10.2000.
- 21 Vgl. sehr detaillierte Aufzeichnungen der Verhandlungen in Nizza aus belgischer Sicht von Sabine Verhast: La Libre Belgique, 26.02.2001.
- 22 Ebda.
- 23 Gespräch mit Guy Verhofstadt in La Tribune, 19.06.2000.
- 24 Rede des Premierministers vor dem European Policy Centre, Brüssel, am 21.09.2000.
- 25 Ebda.
- 26 Sénat de Belgique. Annales, Séances plénières vom 18. Mai 2000.